

Adolf Großmann

Unternehmensziele im Aktienrecht

Eine Untersuchung über Handlungsmaßstäbe
für Vorstand und Aufsichtsrat

TECHNISCHE HOCHSCHULE DARMSTADT
Fachbereich: 1
<u>Gesamtbibliothek</u>
<u>Betriebswirtschaftslehre</u>
Inventar-Nr. : 35.074
Abstell-Nr. : A 12/12 16
Sachgebiete:
1.2.3
9.4.2



Carl Heymanns Verlag KG Köln · Berlin · Bonn · München

Inhalt

Vorwort

§ 1 Einleitung	1
I. Der Problembereich	1
II. Die Präzisierung der Untersuchungsfrage: Unternehmensziele als Maßstab für das Handeln von Vorstand und AR der AG.....	4
Erster Teil Die Einordnung von Unternehmenszielen in das geltende Aktienrecht	7
§ 2 Mögliche Bedeutungen von Unternehmenszielen für die Anwendung von Normen des AktG	7
A. Unternehmensziel und § 76 I AktG	7
B. Haftungsnormen	8
I. Inhalt der Vorstandspflichten und der nach § 93 AktG erforderlichen Sorgfalt	8
II. Schadensbegriff	9
III. Andere Haftungsnormen	9
C. Der »wichtige Grund« zum Amtsverlust	10
D. Zielgleichheit für Vorstand und AR	10
E. Zusammenfassung	11
§ 3 Unternehmensziel und Unternehmensgegenstand als Elemente des Gesellschaftszwecks	12
A. Gesellschaftszweck und Unternehmensgegenstand in den Gesetzen	12
I. Zweck	12
II. Gegenstand	13
III. Änderung von Zweck und Gegenstand	13
IV. Unklarheit der Terminologie	14
B. Meinungsstand zum Verhältnis von Zweck und Gegenstand	14
C. Eigener Ansatz	15
I. Ausgangspunkt: der Gegenstand	15

II. Das Formalziel	16
III. Das Verhältnis von Formalziel und Gegenstand	17
1. Logische Unabhängigkeit von Formalziel und Gegenstand	17
2. Praktische Beschränkungen der Unabhängigkeit	17
3. Der Zweck als Kombination von Formalziel und Gegenstand	19
4. Der Gegenstand als (nicht wertfreies) Mittel zum Formalziel	19
5. Gegenstand und Formalziel als gleichrangige und selbständige Elemente des Zwecks	19
D. Die Trennung von Gegenstand und Formalziel als Bestandteile des Zwecks im geltenden Recht	20
I. Genossenschaft	21
II. Art. 55 II, 66 GG	21
III. Steuerliche Gemeinnützigkeit	21
IV. Tendenzbetriebe und -unternehmen	22
V. Handelsgewerbe	23
VI. Verein	24
VII. Unmöglichkeit der Zweckerreichung	25
VIII. Zweckänderungen	25
1. Die Zweckänderungen beim eingetragenen Verein	25
2. Die Zweckänderung in der AG	26
3. Die Zweckänderung in der GmbH	27
IX. Zusammenfassung	28
E. Unternehmens- oder Gesellschaftsziel?	29
Zweiter Teil Unternehmensziele bei Schweigen der Satzung	32
§ 4 Unternehmensziele in der Literatur	32
A. Die Unternehmensziele bei Duden	32
B. Die Unternehmensziele bei Wiedemann	33
C. Gemeinwirtschaftliche Unternehmensziele	34
D. Unternehmensziele und Interessen	34
E. Die Problematik der Unternehmensziele: Konkretisierung und rechtliche Begründung	36
§ 5 Die betriebswirtschaftliche Entscheidungstheorie	37
A. Die Nutzbarmachung der Entscheidungstheorie	37
B. Deskriptive und normative (präskriptive) Theorie	38

C. Die Operationalität eines Zieles	39
I. Begriff des Zieles	39
II. Zieldefinition	41
III. Zielausmaß – Gewinnmaximierung oder -satisfizierung? ..	41
IV. Zeitbezug	44
V. Risikobezug	44
1. Begriff und Bedeutung	44
2. Ein Beispiel	45
3. Die Entscheidung nach dem Erwartungswert	46
4. Die Entscheidung nach dem Erwartungswert und einem Risikomaß	47
a) Das (μ , σ)-Kriterium	48
b) Andere Risikomaße	50
5. Die Theorie des Risikonutzens	50
6. Andere Entscheidungsregeln	51
7. Zusammenfassung: Es gibt kein neutrales Risikomaß ..	52
D. Mehrfache Zielsetzung	52
I. Beziehungen zwischen mehreren Zielen	52
II. Der Zielkonflikt	54
III. Entscheidungen bei mehrfacher Zielsetzung	55
1. A-priori-Bewertung der Ziele	56
a) Zielunterdrückung, Zieldominanz	56
b) Extremierung unter Nebenbedingungen	57
c) Die substitutionale Nutzenfunktion	57
d) Die lexikographische Nutzenfunktion	59
2. A-posteriori-Bewertung der Ziele	59
E. Zusammenfassung	60
§ 6 Die rechtliche Ableitung operationaler Ziele	61
A. Die Methode	61
B. Der interessenmonistische Ansatz – das Gewinnziel und seine aktienrechtliche Begründung	62
I. Die Ableitung des Gewinnziels aus den Normen des AktG zur Gewinnverwendung	63
1. § 58 IV AktG als Fomalanspruch	63
2. §§ 58 IV, 174, 254 AktG als Minderheitenschutz	64
a) Der Gewinnanspruch des Aktionärs	64
b) Der Vergleich mit der steuerlichen Gemeinnützigkeit	65

3.	Die Normen zur Gewinnverwendung als strikte Grenzen für die Verwaltung	66
a)	Inhalt und Entwicklung	66
b)	Strikte Rechenregel, nicht Ziel	67
4.	Vergleich mit der Genossenschaft	68
5.	Zusammenfassung	68
II.	Die Ableitung des Gewinnzieles aus § 3 AktG	69
1.	Die Entwicklung des § 3 AktG	69
2.	Unergiebigkeit des § 3 AktG	71
C.	Die Präzisierung des Gewinnzieles	72
I.	Die Nutzenzuwendung der AG	73
1.	Das Förderungsziel der Genossenschaft	73
2.	Das Verbot der direkten Nutzenzuwendung bei der AG	75
a)	Das Verbot der verdeckten Gewinnausschüttung ...	75
b)	Ausnahmen	77
3.	Zusammenfassung	77
II.	Die Operationalität des Gewinnzieles	78
1.	Zielausmaß	78
2.	Zieldefinition: Ausschüttung oder Einbehaltung?	78
3.	Zeitbezug	78
a)	Zeitpräferenzen	78
b)	Kurswertmaximierung	80
c)	Zusätzliche Ausschüttungsgrenzen und ökonomischer Gewinn	80
d)	Keine Lösung zum Zeitbezug	81
4.	Risikobezug	82
a)	Die rechtliche Regelung – der Meinungsstand	82
b)	Spezielle Risikoprobleme	84
c)	Zielkonflikt: Gewinn und Liquidität	84
d)	Risiko und Kapitalstruktur	84
D.	Zusammenfassung: ein interessenmonistisches, operationales Gewinnziel ist rechtlich nicht ableitbar	86
E.	Ein interessenpluralistischer Ansatz: das Unternehmensinteresse	87
I.	Die aktuelle Bedeutung	87
II.	Interessen im Recht	89
1.	Begriff	89
2.	Individualinteressen	89
3.	Interessen und Wertungen	90
4.	Bedeutung und Problematik des Interessenansatzes im Recht	93

5. Nicht-Individualinteressen	93
6. Öffentliche Interessen	96
III. Speziell: das Unternehmensinteresse	98
1. Unternehmensinteresse – Interesse oder Interessenmaßstab?	98
2. Träger des Unternehmensinteresses	100
3. Formulierung des Unternehmensinteresses	101
4. Handlungsmaßstab oder rechtspolitisches Programm?	102
5. Inhaltliche Bestimmung des Unternehmensinteresses ...	103
IV. Die Unzweckmäßigkeit des Begriffs »Unternehmensinteresse«	104
1. Die Überflüssigkeit und Ideologiegefahr des Begriffs	105
2. Das Unternehmensinteresse als gescheiterter Versuch einer substitutionalen Nutzenfunktion	107
F. Konkretisierung eines interessenpluralistischen Unternehmenszieles durch andere Nutzenfunktionen: Lexikographische Nutzenfunktion und Nebenbedingungen	108
I. Gemeinsamkeiten	108
II. Lexikographische Nutzenfunktion – Gewinnminimum als Voraussetzung für die Berücksichtigung weiterer Interessen	109
1. Varianten	109
2. Kapitalerhaltung als Bilanzproblem	109
3. Kapitalerhaltung als Leitungsproblem	110
4. Operationalität des Kapitalerhaltungszieles	111
5. Mängel der rechtlichen Begründung	111
III. Nebenbedingungen: Begrenzung gewinnmindernder Maßnahmen	112
1. Kompetenzbegrenzungen	113
a) Die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer	113
b) Politische Spenden	116
2. Schranken des Umfangs gewinnmindernder Maßnahmen des Vorstands	117
a) Die Angemessenheit	117
b) Der Ansatz von Baas: Limitierende und gestaltende Gemeinwohlbindung	117
aa) Darstellung	117
bb) Kritik	120
G. Zusammenfassung	124
§ 7 Ergebnis: Ein operationales Unternehmensziel ist rechtlich nicht begründbar	125

Dritter Teil Der Gegenansatz: Es gibt kein gesetzliches Unternehmensziel	127
§ 8 Gründe für eine gesetzliche Regelung der AG	127
A. Individuelle Gerechtigkeit	127
B. Die AG als Großunternehmen	128
§ 9 Instrumentalmöglichkeiten	130
A. Extrema: Staatsaufsicht und völlige Freiheit	130
B. Die mittleren Wege	131
I. Organisationsnormen	131
II. Normierung der Entscheidungsinhalte	132
1. Ge- und Verbote	132
2. Zielvorschriften	132
III. Keine Unverzichtbarkeit von Zielvorschriften	132
§ 10 Das Ordnungsprinzip des geltenden AktG	133
A. Formulierung der These	133
B. Die Ableitung aus der geschichtlichen Entwicklung des Aktienrechts	134
I. Die AG im ADHGB von 1861	134
II. Die Reform 1870	135
III. Die Reform 1884	136
IV. Zusammenfassung: Die AG bis zum ersten Weltkrieg	137
V. Die Entwicklung während des ersten Weltkriegs und danach	138
1. Die Kriegswirtschaft	138
2. Sozialistische Impulse	138
3. Der Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung	140
4. Das Unternehmen an sich	141
VI. Der Reformentwurf 1930	143
VII. Die Entwicklung nach 1933	145
VIII. Das Aktiengesetz 1937	146
IX. Entwicklung nach 1945	149
1. Einzelgesetzliche Änderungen	149
2. Reformdiskussion	150
X. Das Aktiengesetz 1965	151
1. Tendenz	151
2. § 76 AktG 1965	151
C. Die Folgerungen aus der geschichtlichen Entwicklung des AktG	153
I. Interpretationen der Entwicklung von § 70 AktG 1937 zum § 76 AktG 1965	153

II. Die Konzeption: Verwirklichung der gesetzgeberischen Ziele durch die Organisation der AG	155
1. Die nur erwerbswirtschaftliche AG vor 1937	155
2. Die Revolution des AktG 1937	156
a) Die neue Konzeption	156
b) Die Bedeutung der »Gemeinwohlklausel«	157
c) Die beschränkt erwerbswirtschaftliche AG	159
3. Das AktG 1965: Revision, nicht Restauration	159
a) Die Änderungen	159
b) Die Streichung der Gemeinwohlklausel	161
D. Die Prüfung der These	163
I. Der Untersuchungsansatz: Legalität, nicht Legitimität ...	163
II. Die rechtlichen Grenzen des Leitungsfreiraums	165
1. Bindung an aktienrechtliche Gebote und Verbote	165
2. Bindung an die Satzung	166
3. Formale Sorgfaltspflichten	167
a) Die Pflicht zur Ausfüllung des Rechts- und Pflichtenrahmens	168
b) Die Pflicht zur sorgfältigen Vorbereitung und Durchführung der Entscheidungen	168
c) Die sorgfältige Ermessensausübung: die Nutzbarmachung der verwaltungsrechtlichen Ermessenslehre	169
III. Die Kontrolle der Leitungsfreiheit durch das politische System der AG	173
1. Das Konzept	173
2. Organisationsrechtliche Abhängigkeiten	173
a) Die Abhängigkeit des Vorstandes vom AR	174
b) Indirekte Abhängigkeit von der HV	175
c) Direkte Einflüsse der HV	176
d) Besonders: Die Entlastung und die Entlastungsdebatte	177
e) Der Vertrauensentzug durch die HV	180
f) Äußere Zwänge	181
aa) Rechtliche Zwänge	181
bb) Marktzwänge	181
cc) Abwanderung und Finanzierung	184
g) Materielle Anreize	185
IV. Zusammenfassung	185

Vierter Teil Die Tauglichkeit des Ansatzes zur Lösung von Problemfällen	187
§ 11 Der Schadensbegriff der Haftungsnormen	187
A. Der Ansatz von Mertens	187
B. Kritik	188
C. Ergebnis	189
§ 12 Störungen des gesetzlichen Systems durch atypische Aktionäre 190	
A. Der atypische, erwerbsorientierte Mehrheitsaktionär	190
I. Verdeckte Gewinnausschüttung	191
II. § 117 AktG	191
III. §§ 311 ff. AktG	191
IV. Vertragskonzern	192
V. Zusammenfassung	192
B. Der nicht erwerbswirtschaftlich motivierte Mehrheitsaktionär ...	193
I. Der philanthropische Mehrheitsaktionär	193
II. § 117 AktG und der philanthropische Großaktionär	194
III. Der philanthropische Vorstand	197
IV. Der philanthropische HV-Beschluß	198
1. Die Anfechtung des philanthropischen HV-Beschlusses gem. § 243 II AktG	198
2. Die Anfechtung gem. § 243 I AktG	199
a) Verstoß gegen den gesetzlichen Gewinnanspruch ...	199
b) Verstoß gegen das Erwerbsziel	199
V. Der philanthropische Mehrheitsaktionär – Zusammenfassung	201
C. Die öffentliche Hand als Mehrheitsaktionär	202
I. Die besondere Gefährdungssituation	202
II. Die Anwendbarkeit des Rechts der verbundenen Unter- nehmen	203
III. Die Problemlösung durch das Recht der verbundenen Un- ternehmen	205
1. Vorgezogene Schutznormen	206
2. Vertragskonzernrecht	206
3. Schutz vor Nachteilszufügung – §§ 311, 317, 318 AktG	207
D. Der inaktive Kleinaktionär	210
I. Der Ausfall der Kleinaktionäre als Kontrollinstanz	210
II. Das Bankenstimmrecht – das aktienrechtliche Substitut für den Kleinaktionär	211
1. Die Entwicklung des Bankenstimmrechts	211
2. Der inaktive Kleinaktionär: keine Lücke des Systems ..	213
§ 13 Zwischenergebnis	217

Fünfter Teil Veränderungen der Ausgangssituation : Mitbestimmung und Zielbestimmungen in der Satzung	219
§ 14 Mitbestimmung und Zielbindung	219
A. Der nicht mitbestimmte AR	220
I. Stellung und Aufgabe des AR in der AG	220
II. Identität des Pflichtinhalts für Vorstand und AR	221
B. Der mitbestimmte Aufsichtsrat	223
I. Die Änderung der Situation	223
II. Das Integrationsmodell der Mitbestimmung	224
III. Gleichheit von Rechten und Pflichten der AR-Mitglieder	224
IV. Kritik	225
1. Das Integrationsmodell	225
2. Gleiche Rechts- und Pflichtenstellung aller AR-Mitglieder	227
3. Gleiche Rechte und Pflichten: die Verschwiegenheitspflicht	229
C. Die Bindung des Vorstands in der mitbestimmten AG – das Bundesverfassungsgericht zur Tarifautonomie	232
D. Zusammenfassung	236
§ 15 Zwecksetzung und Zweckänderung in der Satzung	237
A. Die h. M.: beliebige Zwecksetzung in der AG durch die Satzung	237
B. Die Unzulässigkeit des genossenschaftlichen Förderungszwecks in der AG	238
C. Die Präzisierung des Erwerbsziels	242
I. Beispiele	242
II. Rechtliche Bedeutung	242
III. Mögliche rechtliche Grundlagen	242
IV. Die Unzulässigkeit der Konkretisierung des Erwerbsziels	243
1. Das beschränkte Erwerbsziel als einzelgesetzliche Schranke des Eigentums gem. Art. 14 I GG	243
2. Die Konkretisierung als Verstoß gegen die Funktionentrennung	244
3. Auflösung und Umwandlung als Auswege aus der Bindung	245

D. Die nicht erwerbswirtschaftliche Zielbestimmung	246
I. Die Unbestimmtheit nicht erwerbswirtschaftlicher Ziele ..	246
II. Die Nicht-Bindung der Verwaltung durch nicht erwerbs- wirtschaftliche Ziele	247
1. Vereinbarkeit mit der Sozialbindung	247
2. Verstoß gegen die Funktionentrennung	247
3. Plausibilitätskontrolle – der Tendenzschutz	249
4. Probleme – die steuerliche Gemeinnützigkeit	249
E. Die Bindung an den Gegenstand – eine Abgrenzung	250
F. Die Bedeutung des Unternehmenszieles für die Aktionäre	253
§ 16 Zusammenfassung und Ergebnis	255
I. Zusammenfassung	255
II. Ergebnis	258
Abkürzungen	261
Literatur	263